

Nationalismus: "Die EU muss sterben..."

4. August 2023, 12:17 Uhr

Lesezeit: 5 min



Das Europäische Parlament in Straßburg. Könnten rechte und rechtsradikale Parteien in Zukunft die gesamte europäische Politik dominieren?

(Foto: Jean-Francois Badias/AP)

Die Europafeindlichkeit rechtsradikaler Parteien wie der AfD könnte die Politik der Union nachhaltig verändern - bis in die Grundfesten. Droht durch den Aufschwung der Nationalisten ein Europa der Vaterländer?

Von [Thomas Kirchner](#), Paris

Ein kalter Wind weht durch Europa. In vielen Ländern, nicht nur in Deutschland, hat der jüngste Aufmarsch rechter bis rechtsradikaler Parteien Angst ausgelöst in der politischen Mitte. Gerät hier etwas ins Rutschen?, fragen manche. Sind der Rechtsstaat und die liberale Demokratie in Gefahr? Könnten die Rechten in Zukunft etwa die gesamte europäische Politik dominieren und sie nach ihren Vorstellungen ummodellieren?

Seit den 1980-er Jahren erstarkte die europäische Rechte in mehreren Wellen, denen jeweils Rückschläge folgten. Was jedoch in jüngster Zeit geschehen ist, zunächst in Nord- und Mitteleuropa, dann in der Mitte, nun auch in den Südländern, scheint zum Dauerhoch auf neuem Niveau zu werden. Europa muss sich darauf einrichten, dass autoritäre, nationalistische Parteien und Bewegungen langfristig ein Viertel bis ein Drittel der Wähler an sich binden, teilweise sogar mehr.

Von einem Randphänomen sind sie zu einem festen Bestandteil der politischen Landschaft geworden, mancherorts bestimmen sie die Politik längst maßgeblich mit.

Ängste und Ressentiments werden von rechts bewusst geschürt und herbeigeredet

In Finnland hat die Nationale Sammlungspartei mit der rechtspopulistischen Partei Die Finnen eine Koalition gebildet, in Schweden lassen sich konservative und liberale Parteien von den reaktionären Schwedendemokraten unterstützen. In Österreich führt die FPÖ in Umfragen und könnte im kommenden Jahr die Wahl gewinnen. In Italien stellen die Fratelli d'Italia in Georgia Meloni die Premierministerin. In Griechenland zogen die neonazistischen Spartaner jüngst ins Parlament ein, wo schon zwei nationalistische Parteien sitzen. In Polen und Ungarn sind Nationalpopulisten schon seit Langem an der Macht. In Frankreich wird es immer wahrscheinlicher, dass Marine Le Pen die nächsten Präsidentschaftswahlen gewinnen. In Deutschland überflügelt die [AfD](#) in Umfragen die Kanzlerpartei SPD. Und auch bei der Europawahl im kommenden Jahr werden rechtsradikale Parteien voraussichtlich stark zulegen.

Ein einzelner Grund für diese Erfolge lässt sich schwer benennen, in jedem Land ist der Kontext ein anderer. Daten des European Social Survey legen nahe, dass sich an den inhaltlichen Ansichten der Bürger wenig verändert hat, auch nicht beim Thema Migration. Gewachsen ist hingegen in den vergangenen Jahren ihr [Unmut über Fehler der traditionellen Parteien](#), über Skandale und Versäumnisse.

Und vielleicht auch über eine gewisse Selbstgefälligkeit liberaler Bildungseliten, die [nach Ansicht von Kritikern](#) unter dem Mantel der Meritokratie vor allem ihre eigenen Privilegien hüten. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron verkörpert diese Arroganz wie kaum ein anderer, wenn er Arbeitslosen auf der Straße erklärt, sie müssten sich doch nur ein bisschen mehr anstrengen, um die Ecke gebe es zehn Jobs für sie.

Gleichzeitig werden Ängste und Ressentiments von rechts bewusst geschürt und herbeigeredet. In den ostdeutschen AfD-Hochburgen etwa ist der Ausländeranteil vergleichsweise gering. Aufnahme, Verteilung, Unterbringung und Integration von Asylbewerbern sind ebenso lösbare Probleme wie der Umgang mit dem Islam. Wenn vom "Versagen" der EU in der Flüchtlingspolitik die Rede ist, gerät oft in Vergessenheit, dass es gerade Länder wie Ungarn und Polen sind, die jegliche Einigung torpedieren.

Sogar die Verschwörungstheorie vom "großen Austausch" wird immer weiter verbreitet

Den Nationalpopulisten gelingt es immer besser, den Diskurs über diese Themen in eine identitäre Richtung zu lenken, ihn als Kampf der Zivilisationen erscheinen zu lassen. Und ihre xenophobe Ideologie noch dazu in den Mainstream der Ideen einzuschleusen. Bestes Beispiel dafür ist die rassistische, teils antisemitische Verschwörungstheorie vom "großen Austausch", wonach jüdische oder andere Eliten angeblich planen, die weiße Mehrheitsbevölkerung westlicher Staaten durch Nichtweiße und Muslime zu ersetzen. In Frankreich kommen radikal rechte Politiker bei jeder Gelegenheit auf diese identitäre These zu sprechen, die der Autor Renaud Camus 2011 in die Welt setzte. Auch die Italienerin Meloni hat darauf angespielt.

Eigentlich müsste die Brandmauer zu solchem Gedankengut turmhoch sein. Tatsächlich führten aber in Frankreich sowohl Valérie Pécresse, die Präsidentschaftskandidatin der bürgerlichen Republikaner, als auch der jetzige Parteichef Éric Ciotti die "Austausch"-Theorie schon im Munde. In manchen französischen Medien ist sie allabendlich zu vernehmen. So wird [Rechtsextremismus](#) salonfähig.

Europapolitisch haben viele radikal rechte Parteien, angefangen mit Le Pens Rassemblement National, den Ton zuletzt etwas gemäßigt. Aus der EU wollen sie, mit Ausnahme der AfD, vorerst nicht austreten, sondern sie lieber von innen verändern. In der Währungspolitik zeigen sie sich kooperativ, auch bei der Unterstützung der Ukraine ziehen sie weitgehend mit - zumindest dort, wo sie in der Regierung sitzen. Inwieweit das nur Camouflage ist, um seriös zu wirken oder an die Macht zu kommen, wird sich zeigen. Führende bürgerliche Europapolitiker wie [Manfred Weber](#) (CSU) sehen darin jedenfalls offenbar die Basis für eine mögliche Zusammenarbeit, etwa mit der Italienerin Meloni.

Was inhaltlich passieren könnte, wenn nationalpopulistische, rechtsradikale Parteien und Regierungen deutlich mehr Einfluss in der EU bekämen, liegt auf der Hand: Die ambitionierte europäische Klima- und Umweltpolitik würde wahrscheinlich zunehmend blockiert, wenn nicht gar zurückgedreht; das Asylrecht käme noch stärker unter Druck; Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten würden künftig wohl öfter ignoriert. Das ganze Design der EU könnte sich ändern.

Den Nationalisten schwebt ein Europa der Vaterländer vor

Das europäische Projekt verstand sich von Beginn auch als Reaktion auf den übersteigerten Nationalismus, der den Kontinent gleich zweimal ins Elend gestürzt hatte. Die freiwillige Übertragung von immer mehr Souveränität an eine übergeordnete Instanz sollte den Rückfall in dunkle Zeiten verhindern und den Frieden sichern. Nun schwebt auch Nationalisten wie Viktor Orbán oder Le Pen eine Kooperation vor, doch ist es eine der Vaterländer, der souveränen Staaten. Deren wichtigster Zweck wäre es, die europäische "Kultur" oder "Zivilisation" gegen angebliche Bedrohungen zu schützen. Aus der antinationalistischen, kosmopolitischen, strukturell progressiven EU könnte eine nationalistische, rückwärtsgewandte, auf wenige Punkte beschränkte Zusammenarbeit von Regierungen werden. Der AfD-Politiker [Björn Höcke](#) drückt es so aus: "Die EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann."

So wie das politische System der EU beschaffen ist, ließen sich solche Pläne wohl nur teilweise und sehr langfristig umsetzen. Schon 2024 aber könnte die neue Kommissionsspitze von einer Weber-Meloni-Rechtskoalition gewählt werden. Das wäre eine Art Tabubruch. Europas Sozialdemokraten, sagt Hans Kundnani vom britischen Thinktank Chatham House, sollten sich dann überlegen, ob sie in die "Opposition" gehen, so weit das in Brüssel möglich ist. Was der EU einerseits guttun könnte, weil es ein Schritt hin zu einer Normalisierung des politischen Prozesses wäre.

Denn bisher stecken nach Ansicht Kundnanis gerade linke Parteien in einem Dilemma. Folgt sie ihrer Überzeugung und lehnten sich etwa gegen die strengen Brüsseler Haushaltsregeln auf, stünden sie schnell als EU-Skeptiker da. Schließlich bedeuten diese Regeln immer auch ein Mehr an Integration. Im Zweifel stimmen Mitte-links-Parteien daher lieber "für Europa". Auch deshalb steckt die gesamte Mitte im Europäischen Parlament in einer informellen Dauer-Koalition fest. Es existiert kein substantielles Gegeneinander von regierender Mehrheit und Opposition, wie es in den Mitgliedstaaten die Regel und für ein Gemeinwesen nach herrschender Meinung demokratisch gesünder ist. Gäbe es das, könnte über Sachthemen intensiver gestritten werden, die europäischen Wähler hätten eine wirkliche Wahl.

Andererseits, sagt Kundnani, laufe die EU durch eine stärkere Politisierung auch Gefahr auseinanderzubrechen. Denn vor allem bei wirtschaftspolitischen Themen liege die

Konfliktlinie nicht nur zwischen links und rechts, sondern auch zwischen Nord- und Südeuropa. Eine politisch eindeutig verordnete Kommissionsspitze hätte sich während der Eurokrise schnell den Vorwurf eingehandelt, einen bestimmten Teil der EU zu bevorzugen.

Doch möglicherweise erzwingt der Aufmarsch von rechts eine solche Politisierung. Das könnte dazu führen, dass die EU als solche oder zumindest einzelne Politikbereiche infrage gestellt würden. Was als selbstverständlich galt, müsste neu begründet werden. Die Europäer gehen turbulenten Zeiten entgegen.